

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Auktions-Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preiszelle oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Zeilenweise 40 Pfg., Ausnahmestunden 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich gesandter oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühren 10—20 M., das Ausland, zuzüglich Postgebühren, Schluss der Anzeigennummern vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 107

Dienstag, den 10. September 1929

31. Jahrg.

Anfang Oktober findet im Kreise Wittenberg eine

Eberföhrung

fiat. Anmeldungen hierzu sind bis zum 15. September in der Stadtschreiberei zu erhalten. Bei der Anmeldung ist der Abkommungsantrag vorzulegen und die Gebühr im Betrage von 8.— RM zu entrichten. Eber ohne Abkommungsantrag werden nicht geföhrt.

Kemberg, den 9. September 1929.

Die Polizeiverwaltung.

Neues in Kürze.

* In wöchentlichen Gegenläufe zu den Vorkundeleben der großen Staatsmänner legte der litauische Ministerpräsident Woldemaras ungeschminte Wahrheiten in der Volksversammlung des Völkerrundes.

* Die Regierung der Sowjet-Union hat der Deutschen Botschaft in Moskau eine Note überreicht, in der erneut die Bitte um Schluß der Russen in der Mandatsfrage ausgesprochen wurde.

* Der amerikanische Staatssekretär Stimson hat dem Generalsekretär des Völkerrundes die grundsätzliche Zustimmung der Vereinigten Staaten zum Beitritt in den internationalen Haager Schiedsgerichtshof mitgeteilt.

* Eine Kommission aus dem Saargebiet ist in Genf eingetroffen, um mit dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann Verhandlungen zur endgültigen Regelung der Saarfrage zu führen.

Propaganda der Tat.

Das deutsche Volk, das Jahre der Unruhe, der Unsicherheit durchlebt hat, begann allmählich aufzustehen in der bestimmten Voraussetzung, daß geordnete Zustände wieder zurückgeführt werden und daß man mit Macht an den Aufbau herangehen könne. Die erdichteten Gemüter hatten sich abgeregt und man glaubte, daß der Staat auch ohne den Panzer des Republik-Schutzgürtels in der Lage sei, die ruhige Entwicklung zu gewährleisten. Aber seit einigen Monaten zeigte sich, daß diese Hoffnungen durchaus unbegründet waren. Attentate und Anschläge, die man zunächst vielleicht als persönlichen Nachschuß ansehen konnte, charakterisierten sich wegen ihrer Gleichmäßigkeit als politischen Ursprungs und ließen erkennen, daß mit ihnen ein ganz bestimmter Zweck, dessen Einzelnes uns allerdings noch unbekannt erscheint, verbunden war. Trotz der energigsten Untersuchungen durch die Polizei-Behörden ist es bisher leider nicht gelungen, auch nur eine Spur der Attentäter zu entdecken. Während zunächst die Attentate in Schleswig und in Lüneburg ihren Schauplatz hatten, wurde neuerdings in Berlin das Reichstagsgebäude bombardiert und mitten in die höherhaften Bemühungen, hier die Täter festzustellen, kommt die Nachricht von dem neuen Attentat gegen das Regierungsgebäude in Eibenburg. Die gleichmäßige Art der Anschläge läßt ihren inneren Zusammenhang unweigerlich erkennen, es ist der gleiche Kreis, der mit Bomben zu arbeiten beliebt, es sind die gleichen Mörder, die das Leben ihrer Mitmenschen zu gefährden trachten. In aller Welt sind denn nun diejenigen, die in dieser Form gegen den Staat und gegen die Unterorgane dieses Staates ankämpfen, denn was ist erreicht, wenn die Anschläge tatsächlich gelingen würden. Die Personen, gegen die sich die Bombenwürfe richten, sind nur winzige Teilchen, sind nur kleine Rädchen in dem riesigen Getriebe des Staates. Ihre Beseitigung ist sinnlos, denn an ihre Stelle tritt automatisch der Nachfolger, dessen Tätigkeit ebenso selbstverständlich sein wird, wie des Vorgängers im Amt.

Es ist zu verstehen, daß Extremisten, die eine Volksvertretung nicht lieben, das Reichstagsgebäude in die Luft jagen lassen wollen, aber es ist unbegreiflich, wenn in Eibenburg ein Hofhaus, wenn eine unbedeutende Garage, wenn das Amtsgebäude eines Gemeindevorstehers vom Erdboden verschwindet. Der einzige erzielte Effekt ist Unruhe. Aber vielleicht liegt der Zweck der Anschläge darin, eine Verurteilung der breiten Masse herbeizuführen, vielleicht sucht man die Erregung künstlich in das Volk hineinzuinjizieren, denn nur so sind diese irrtümlich erscheinenden Attentate zu erklären.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß auch diejenigen Elemente, die dem heutigen Staate nicht wohl geföhnt, die eine andere Meinung vertreten, die sich nicht mit der Republik und ihren Exponenten befreundeten können, daß sie alle eine derartige Propaganda der Tat zur Verfügung haben. Verworfen ist der Kreis, der sich zu diesen Unruhestellungen zusammengetan hat. Er arbeitet mit gänzlich unzulänglichen Mitteln, falls er positiven Erfolg erzielen will. Er verläßt den Fortschritt aufzugeben und die gesunde Tat- und Schaffenskraft des Volkes zu lähmen, und weil alle Gutsgehenden in der Verurteilung dieser Verbrecher übereinstimmen, muß unter allen Umständen verlannt wer-

den, daß mit größter Energie und unter Aufwand aller verfügbaren Mittel nach den Tätern gesucht wird. Es muß erwartet werden, daß das ganze Volk geschlossen dazu beiträgt, diese finsternen Verbrecher aufzufinden. Strenge Strafe muß diejenigen treffen, die gegen jeden gefunden Menschenverstand und durch diese Dinge zum Gespötte des Auslandes machen und versuchen, das in langen Jahren mühsam erorbene Vertrauen zu Deutschland zu erschüttern. Man glaube ja nicht, daß es sich um eine interne deutsche Angelegenheit handelt. Es ist ganz selbstverständlich, daß derartige systematische Anschläge im Ausland denunzierend wirken und den Eindruck erwecken, als ob wir immer noch auf einem Vorkriegsstadium der Unsicherheit, die für uns gerade in der gegenwärtigen Zeit von recht bebauerlichen Folgenerscheinungen sein könnte.

Wäre der in Ausland seiner Zeit beheimatete Nationalismus nicht schon längst gestorben, so könnte man annehmen, daß dieses Vorkriegsdenkmal der Tat wieder auf dem Marsfeld sei. Aber die Nationalisten hatten sich gegen die ersten Persönlichkeiten des Staates gewandt. Sie befehligen ihnen nicht bloß die Fäden und glaubten dadurch ihren Zweck zu erfüllen. Um der Sache willen opfereten sie sich selbst, aber sie überließen nicht in der Nacht heimlich eine Autogarage, um dann in der Dunkelheit spurlos zu verschwinden. Ein Nationalist hätte die Bombe in den Reichstag getragen, wenn laut Beschluß des geheimen Komitees der Reichstag an der Reihe gewesen wäre — und zwar während einer Tagung — in die Luft zu fliegen. Der Attentäter hätte sich in diesem Falle selbst geopfert. Aber bei uns diese kleinen Nachfolger großer fanatischer Querschnitte sind verwerfliche Geschöpfe, denen jeder persönliche Mut fehlt, die sich nur wagem und seine kleine Objekte heranzuziehen. Man hätte sie nie in Deutschland vermutet und steht bedauernd vor diesem Ausbruch einer krankhaften und bösen Phantasie. Diese Anschläge gehen uns alle an und wenn sie auch nur gegen das Haus eines Gemeinde-Vorstehers oder gegen ein Autohupen gerichtet sind, sie sollen uns alle treffen. Deshalb muß gefordert werden, daß die Untersuchung nicht nachläßt, daß sie einen derartigen Umfang annimmt und eine Gründlichkeit erhält, die unbedingt zum Ziele führen muß. Gewiß ist ja, daß die elenden Verbrecher eines Tages geföhrt werden, aber es müßten mit äußerster Tatkraft weitere Anschläge verhindert, weitere Verurteilungen unmöglich gemacht werden. Das deutsche Volk befindet sich auf dem Wege zum Frieden, auch zum inneren Frieden und wir wollen uns auf diesem Marsfeld nicht durch die erbärmliche und hinterhältige Propaganda unruher und krankhafter Kleinmänner aufhalten lassen.

Was der Haag uns brachte.

Eine Rede des Ministers Curtius.

— Berlin, 7. September.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hielt auf der Deutschen Welle eine Rede über die Haager Konferenz.

Eingangs betonte er, daß sich die Reichsregierung einstimmig hinter die Abordnung gestellt habe. Er sei vom Reichspräsidenten beauftragt worden, der Abordnung den Dank des Reichspräsidenten zu übermitteln. Seit dem Verfall der Vertrag liefen sich in Abschnitten von 5 zu 5 Jahren erhebliche Fortschritte gegenüber dem früheren Zustand erkennen.

Ein sehr wesentlicher Fortschritt sei der Young-Plan. Der Verfall der Vertrag habe die Reparationslücke nicht begrenzt. Die Reparationskommission sollte die Höhe festsetzen.

Durch das Londoner Ultimatum

wurden die Reparationen auf 132 Milliarden festgesetzt, jedoch habe die Einrichtung der ersten Jahresmilliarde bereits die deutsche Währung erschüttert.

Der Madrider Plan mit seinen Folgen habe dann zum Dames-Plan geführt, der den ersten Versuch einer wirtschaftlichen Lösung des Reparationsproblems unter Berücksichtigung der Lebensnowendigkeiten des deutschen Volkes darstellte. Der Dames-Plan nannte ebenfalls nicht die von Deutschland wirklich geschuldeten Summen. Er bot weitestgehende Kontrollmöglichkeiten der Gläubigerstaaten über die Deutsche Reichsbahn, Reichsbank usw. zur Folge. Der Reparationsagentenweltweite die aus der deutschen Wirtschaft herausgegebenen Gelder. Man hatte den Dames-Plan angenommen, um die Franzosen aus der Ruhr herauszubringen, obwohl er neben den vorgenannten Folgen nach einer Übergangszeit eine feste Jahreszahlung von 2,5 Milliarden vorschlug.

Die gegenwärtige Regierung stellt sich die Aufgabe, die Verteilung Deutschlands von der Befreiung, eine Herabsetzung der Reparationssummen, eine Begrenzung der deutschen Verpflichtungen und eine Vereinfachung von ausländischen Kontrollen zu erreichen. Hierzu wurde im September d. J. in Genf ein Programm aufgestellt, in das die Erörterung der Einweisung einer Feststellungs- und Begleitkommission auf Betreiben der anderen Seite aufgenommen worden war.

Zu den jüngsten Verhandlungen abschließende Stellung zu nehmen, ist noch verfrüht. Am wichtigsten sind insbesondere die Rückgabe des Saarlandes, wird noch weiter gerungen werden müssen; die Schlussverhandlungen im Haag werden erst im Oktober stattfinden.

Wir sind nach dem Haag gegangen u. a., um die Klärung des Rheinlandes und die Einführung des Young-Planes zu erreichen.

Der zwar unseren letzten Wünschen nicht entspricht, aber doch neben dem Fortfall der Kontrollen und Garantien und der Herabsetzung der Reparationen den großen Vorteil hat, daß die in ihm vorgesehene Schutzmaßnahmen nicht von der Entscheidung eines Ausschusses der Gläubigerstaaten, sondern von uns selbst abhängen. Die deutsche Wiedergabe der sich vom ersten Tage an darlegen, daß die deutsche Zollverwaltung von 4,5 Millionen jährlich auf Kosten Deutschlands betrieblig werde. Sie hat aber:

um die Befreiung des Rheinlandes

und die Minderung der Reparationslast nicht an geringfügigen Punkten scheitern zu lassen, nach diesem Ringe für die im Young-Plan offenhaltene Regelung der Übergangszeit Zugeständnisse gemacht, die gemäß der Möglichkeit der Entlastung bis zum 1. April 1930 etwas herabziehen, aber im Verhältnis zur Gesamtlösung keine Rolle spielt.

Das einstige Jugendländchen, die Veränderung in der Stellung der angeschützten Wirtschaft, schiedt weder unsere jährlichen Leistungen auch nur um einen Pfennig, noch legt es den Durchschnittpunkt der angeschützten Annuität heraus. Mit der Zurückführung des Young-Planes werden die bestehenden Kontrollen endgültig beseitigt. Die Reparationskommission wird endgültig ihrer Rechte über Deutschland entbunden. Deutschland wird also nach seiner Wiederherstellung seiner Souveränität und unter seiner eigenen Verantwortung für seine Wirtschaft, seine Währung und seine Finanzen wieder in den Kreis der vollberechtigten Großmächte einrücken.

Die Summen, die Deutschland jährlich zu leisten haben wird, werden durch den Young-Plan um eine halbe Milliarde, und darüber in den ersten 5 Jahren um über 700 Millionen herabgesetzt. Diese Beträge werden, wie dies auch die Verfall Zahlungsverbindungen für erforderlich erachtet haben, in gleichmäßig Höhe zur allgemeinen Erleichterung der Wirtschaft dienen.

Daneben wird es voraussichtlich möglich sein, die Landwirtschaft von der ihr durch den Dames-Plan auferlegten besonderen Last der Tilgung der Rentenmarktschulden zu befreien.

Es ist gelungen, eine dauernde Rheinlandkontrolle, unter welcher Form sie sich auch immer verdeckt, abzumehren und feinerlei Verpflichtung über den Dames-Vertrag hinaus zu übernehmen.

Verhandlungen über eine zeitige Rückübernahme des Saargebietes werden mit Frankreich mit Bestimmtheit aufgenommen werden.

Die Grundlagen für eine Vereinbarung, die es der deutschen Regierung wieder ermöglichen wird, mit freiem Volk auf dem deutschen Grund zu stehen, sind im Haag gelegt worden. Ihre Vollendung werden sie im Oktober bei der Fortführung der Konferenz erfahren.

Die „Franzosen“ im Saargebiet.

Eine unhaltbare These.

— Saarbrücken, 7. September.

Der teilweise sehr mangelhaften Kenntnis der europäischen Verhältnisse, durch die sich eine Anzahl maßgebender Teilnehmer an den Berliner Friedensverhandlungen auszeichneten, konnte die französische Propaganda das Märchen aufstellen, daß im Saargebiet 150 000 Franzosen anwesend seien.

Insamlich ist man sich einverstanden geworden und bricht nur noch von etwa 30 000 im Saargebiet beheimateten Franzosen, wobei man auch schon jagt, daß es sich dabei um Eltsch-Vottinger handelt, die im Saargebiet Arbeit und Wohnsitz gefunden haben und die man, ohne sie zu befragen, als französische Staatsangehörige in Anspruch nimmt, während mit aller Bestimmtheit aus der Haltung auch dieses Teils der Saarbevölkerung geschlossen werden darf, daß es keinen Wert auf die Wiederherstellung seiner Nationalität legt, sondern sich nach Freuden naturalisieren lassen will. Die dem Wunsch sucht man von französischer Seite alle erdenklichen Schwierigkeiten zu bereiten, um man hat neuerdings sogar ein juristisches Gutachten ausarbeiten lassen, das mit aller Spitzfindigkeit die ehemaligen Eltsch-Vottinger im Saargebiet als Ausländer hinstellen will für die das Saarland nicht geste — eine völlig unhaltbare Debatte.

Der Weg zum Weltgerichtshof.

Das Haager Internationale Schiedsgericht.

— Berlin, 7. September.

Der Haager ständige Internationale Schiedsgerichtshof ist in der letzten Zeit eine der meistgenannten Organisationen, und gerade in diesen Wochen hat er

bedeutende Aufgaben

teils gelöst, teils in Angriff genommen. Auf der Völkerverbundtagung in Genf ist seine Bedeutung ausgiebig gewürdigt worden, und der von MacDonald veränderte Beitritt Englands zu der Faktualitätsklausel ebenso wie die Bemühungen um eine Einbeziehung der Vereinigten Staaten in den Wirkungsbereich des Haager Schiedsgerichtshof sind erneute Beweise für seine Anerkennung

als wirksames Mittel des internationalen Ausgleichs von Streitfragen

Schon vor dem Weltkrieg erhoffte man für diese Gelegenheit in Funktion tretende Einrichtung eine künftige Welt-

Jankeit und einen weiteren Ausbau, und die von allen Staaten aus dem Kriege und seinen Folgeresultaten gezogenen Erkenntnisse haben diesem Gedanken den machtvollen Aufschwung gegeben, den wir jetzt erleben und der den Saager Schiedschof in der Entwicklung zu einem Weltgerichtshof zeigt.

Das wahre Freiheitsideal.

Stresemanns Währungsplan.

Genf, 7. September.

In entgegengesetzten Kreisen wurde man lange schon, daß der Reichsaussenminister nicht fernerhin an jenem Wollen festhält. In den letzten Tagen vermeldete man auch, Stresemann werde die Gelegenheit benutzen, um mit der Ratifizierung des Youngplans seinen Absicht zu nehmen.

Jetzt hat Stresemann sich zu diesem Thema selbst geäußert. Er hat einem Vertreter eines holländischen Blattes ein Interview gegeben, das lediglich rein persönliche Dinge enthält.

Zunächst eine Missweisung.

Weshalb ist Stresemann nur rein persönlich? Weshalb hat er weder in Haag noch in Berlin zu den Verhandlungen im Haag gesprochen? Weshalb hat er in Berlin nicht eine Propaganda für den Standpunkt der Reichsregierung eingeleitet? Das wird ihm zum Vorwurf gemacht. Man erwartet von ihm irgendein Wort, eine Stellungnahme, eine Äußerung. Er hielt sich aber zurück, sehr zu unrecht und zum größten Bedauern seiner Freunde.

Defizit ist er jetzt rein persönlich.

Er erzählt von seiner Bünde, meint, ein Minister dürfe nicht länger als fünf Jahre antreten, sagt, worüber er sich früher geirrt habe, und denkt, heute großzügiger zu sein. Er sieht die wahre Freiheit im Privatleben. Das kann man ihm nachsagen. Ueberhaupt: er ist seit Jahren der meistumtrenten Minister und hat harte Kämpfe ausstehen müssen. Und dabei ging er einen schmerzlichen Weg, der, wenn auch nicht ganz, so doch zum größten Teil erfolgreich zurückgelegt ist. Er hatte große Aufgaben, die mit jedem Festhalten von ihm verjagt wurden. Nicht alles ist geworden, wie er es sich dachte, aber er hat doch überall den Schlüsselpunkt sehen können, aus langen Verhandlungen und langem Diplomaten einen gewissen Erfolg herausgeholt. So, wenn Stresemann

das wahre Freiheitsideal

im Privatleben sieht, weshalb bleibt er weiter ununter? Man könnte sich denken, er sei vom Ehrgeiz befallen, noch mehr zu erreichen. Man denkt es auch, wenn er aus seiner Anschauung nicht die Konsequenzen zieht. Es wäre nur verständlich, wenn er nach der Ratifizierung des Youngplanes die Hände in den Schoß legte und erklärte: So, ich habe genug, nun komme ein anderer. Es ist immer gut, zur rechten Zeit den Weg ins Privatleben zu finden.

Was erwartet den Außenminister?

Nun: die Saargefrage zunächst. Sie ist schwer zu bereinigen. In Genf sind wieder große Wege gewiesen, die alle den Außenminister auf den Plan fordern, und wenn sie rein wirtschaftlichen Einflusses haben. Abriistung, Weltwirtschaft — wer weiß, was sich aus den Ideen Macdonalds entwickelt, und wer weiß, wie einmal das Ideal Briand'scher Paneuropapläne ausgearbeitet wird. Doch liegt unserem Außenminister noch etwas näher. Man hat im Haag von der Liquidierung des Krieges gesprochen. Letztliche.

Der Krieg ist nun scheinbar liquidiert.

Nach dem Wessen zu liegt vielleicht allein noch die Saargefrage. Aber nach dem Wessen? Hier muß die Liquidierung des Krieges fortgesetzt werden. Hier sind die Reste eines Juangensiedens noch nicht getilgt. Hier muß es in friedlichen Verhandlungen gelingen, deutsches Land zurückzugewinnen. Neue Kräfte, neue Entschlossenheit gehört dazu.

Nicht kleine Teile des deutschen Volkes lehnen seit Jahren die Politik des Auswärtigen Amtes ab. Vielleicht ist ein Nachfolger in der Lage, die in der Schwere sich befindende Frage der Ostpreußen zu deren Befriedigung zu lösen. Niemand würde sich einer günstigen Bereinigung des Ostpreußen mehr freuen als der Mann, der über fünf Jahre die Geschäfte des Außenministeriums unter größten Schwierigkeiten geführt hat.

Woldemaras vor dem Völkerbund.

Er spricht nächste Wahrheit.

Genf, 8. September.

In der Vollversammlung ergriß zunächst der litauische Ministerpräsident Woldemaras das Wort. Er führte u. a. aus: Das schwierigste Problem Osteuropas sei heute die Minderheitenfrage. Die Selbständigkeitsbestrebungen der Völkervölker seien außerordentlich stark. Bis hier habe der Völkervbund jedoch auf diesem Gebiet nur belanglose Fragen erörtert. Nur Deutschland habe in Ungarn das gesamte Problem der Minderheiten zur Ausprägung gestellt. Auf diesem Gebiet könne der Völkervbund eine bedeutungsvolle Rolle spielen.

Auch der Gebante Brains, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen, könne praktisch nur dann Bedeutung haben, wenn das Minderheitenproblem auf diesem Wege gelöst werde, das der Völkervbund bisher nicht zu lösen vermocht habe. Wenn der Völkervbund sich bemühe, alle Fragen gleichzeitig zu lösen, werde er überhaupt keine Wirkung finden. Entweder werde der Völkervbund wirklich große positive Werte schaffen, oder er werde bedeutungslos bleiben.

Der griechische Ministerpräsident Venizelos erklärte Jobann, die kleinen Mächte seien mit dem Ergaben der Haager Konferenz außerordentlich zufrieden, insbesondere mit der Regelung der finanziellen Frage. Griechenland werde, wie auch die übrigen Mächte, die Haager Schiedsgerichtslauf unterzeichnen. Der spanische Vertreter Quinones de Leon betonte in seiner Rede, er freue sich, daß, nachdem Spanien die Schiedsgerichtslauf unterzeichnet habe, auch die übrigen Staaten dies tun wollten. Der Plan der Vereinigten Staaten von Europa sei sehr interessant. Spanien werde diese Idee sorgfältig prüfen.

Die Ausführenden des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras, die sich wesentlich von den sonst üblichen Redenwendungen und Lobpreisungen des Völkervbundes unterscheiden, haben durch die Art ihrer nüchternen Kritik einen starken Eindruck hervorgerufen. Es war außerordentlich zu begrüßen, wenn man sich auf deutscher Seite auch zu einer sachlichen Kritik der bisherigen Völkervbundstätigkeit und insbesondere zu praktischen Vorschlägen in der Minderheitenfrage entschließen würde, statt sich den prat-

tisch wenig bedeutungsvollen Friedensempfehlungen und Lobpreisungen des Völkervbundes anzuschließen.

Die große Stresemannrede am Montag.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat nicht, wie ursprünglich vorgehen wird, am Sonnabend nachmittags gesprochen, sondern wird erst im Laufe des Montag seine große Rede halten. Er wird Genf am Mittwoch oder Donnerstag verlassen.

Nur noch drei Ratstagungen.

Der Völkervbundsrat hat einen Bescheid gefaßt, die Zahl der Tagungen des Völkervbundesrates, der bisher viermal im Jahre zusammentrat, auf drei festzusetzen.

Der Rat wird künftig am ersten Montag im Januar, am zweiten Montag im Mai und drei Tage vor Beginn der Völkervbunderversammlung im September zusammentreten. Stresemann erklärte, er teile keineswegs die Auffassung, daß eine Verringerung der Ratstagungen auch eine Verringerung der Bedeutung des Völkervbundes sei.



Die „Großen Bier“ in Genf.

Der britische Ministerpräsident Ramsay MacDonald hatte Dr. Stresemann, Brains und den britischen Außenminister Genberion zu einem Abendessen eingeladen, bei welcher Gelegenheit die Bildung der „Vereinigten Staaten von Europa“ zur Vorgespräch gekommen sein soll. Brains, Stresemann, MacDonald und Senderlon.

Amerika und Haager Schiedsgericht.

Grundständige Zustimmung.

Genf, 8. September.

Der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen, Simson, hat telegraphisch dem Generalsekretär des Völkervbundes mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Bedingungen des Juristenausschusses über den Beitritt Amerikas zum Internationalen Gerichtshof genehmigt habe und als befriedigend ansehe. Das Protokoll, das der Juristenausschuß ausgearbeitet habe, zerstreue die Bedenken des Senats und fühle die Vereinigten Staaten vor den Gefahren, die der Senat befürchtet habe. Falls die übrigen Signatarstaaten dieses Protokoll unterzeichnen sollten, so werde er dem Präsidenten Hoover die Unterzeichnung des Protokolls empfehlen und das Protokoll dem Senat zur Ratifizierung vorlegen.

Das Telegramm des Staatssekretärs hat in Völkervbundkreisen großes Aufsehen und Befriedigung ausgelöst, da man darin sieht die grundständige Zustimmung der Vereinigten Staaten zum Beitritt zum Internationalen Haager Schiedsgerichtshof erblickt.

Saarbesprechungen in Genf.

Saargebieten und Bahnschub.

Genf, 8. September.

Der bekannte Saarbrücker Großindustrielle Kommerzienrat Köhling ist in Genf in Begleitung von Vertretern sämtlicher saarländischen Parteien eingetroffen, wo Verhandlungen mit Dr. Stresemann stattfinden. Zur Erörterung werden hierbei die bevorstehenden auf der Haager Konferenz beschlossenen unmittelbaren Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich

zur endgültigen Regelung der Saargefrage gelangen. Der Zeitpunkt für die Aufnahme der Verhandlungen, die in Paris stattfinden werden, steht noch nicht fest. Ebenso wenig steht fest, wer auf französischer und deutscher Seite die Verhandlungen führen wird. Auf französischer Seite ist bisher lediglich der Wunsch geäußert worden, daß zu Führern hohe Beamte ernannt werden, so daß voraussichtlich Persönlichkeiten im Range von Staatssekretären als Abordnungsleiter in Frage kommen. Auf deutscher Seite bleibt unklar — was wir allerdings nicht glauben können — die Absicht, in den Verhandlungen mit Deutschland die künftige Verwaltung der Kohlengruben im Saargebiet einer gemischten Schlichtung mit deutscher und französischer Beteiligung vorzuschlagen, wobei allerdings offen gelassen wird, ob die Beteiligung auf beiden Seiten in den Händen des Staates oder auf privater Seite liegen soll.

Auf saarländischer Seite wird jedoch dieser Gedanke auf das entschiedene abgelehnt. Man erklärt vielmehr, daß unter keinen Umständen eine Regelung getroffen werden dürfe, die auch in einer noch so losen Form die Möglichkeit eines französischen Einflusses auf die Saargebieten offenläßt. Man vertritt vielmehr die Auffassung, daß für die Uebernahme der Kohlengruben nur der Staat, sei es

das Deutsche Reich oder der preussische Staat, in Frage kommen. Argend eine gesellschaftliche Form, insbesondere unter französischer Beteiligung, werden von der gesamten saarländischen Bevölkerung und insbesondere auch von den Arbeitervereinigungen als untragbar abgelehnt werden.

Ferner wird auf saarländischer Seite darauf hingewiesen, daß

die Zurückziehung des alliierten Bahnbeschlusses aus dem Saargebiet nunmehr unersetzlich erfolgen mußte. Es wird dem lebhaften Bedauern Ausdruck gegeben, daß über diese Frage keine Entscheidung auf der Haager Konferenz getroffen wurde. Nachdem jetzt die endgültige Zurückziehung der Besatzungstruppen aus dem Rheinland beschlossen worden ist, wäre es selbstverständlich, daß auch bei allierter Behauptung des Saargebietes zurückgezogen werde da dieser in keiner Weise eine Doleisberechtigung habe. Bekannt ist die Tatsache, daß die Bevölkerung recht häufig gegen Uebergriffe und Gewalttätigkeiten dieses jamaosen „Bahnbeschlusses“ in Saargenommen werden mußte.

Englisch-amerikanische Flottenabrüstung.

Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen.

London, 8. September.

Ueber den gegenwärtigen Stand der englisch-amerikanischen Flottenabrüstungsverhandlungen werden in einem Remporter „Times“-Bericht folgende Angaben gemacht:

1. Großbritannien hat den Vereinigten Staaten endgültig das Recht zugesprochen, mehr 10 000-Tonnen-Kreuzer zu besitzen als die britische Flotte;
2. die Vereinigten Staaten haben Großbritannien das Recht zugesprochen, eine größere Kreuzerflotte zu besitzen, als sie die Vereinigten Staaten für sich verlangen;
3. die beiden Nationen sind bisher nicht übereingekommen, die Gesamttonnage der Kreuzer festzusetzen;
4. keiner der beiden Staaten hat bisher irgendeine verbindliche Ansicht über den Kaufpreis der 10 000-Tonnen-Kreuzer, die 6-Zoll-Geschütze mit sich führen, im Verhältnis zu den 10 000-Tonnen-Kreuzern mit einer Bewaffnung von 8-Zoll-Geschützen geäußert.

Die Punkte 3 und 4 werden gegenwärtig von dem amerikanischen Marineministerium unter dem Gesichtspunkt erogen, ob eine Formel für die Festlegung der Kaufpreise gefunden werden kann.

Die letzten britischen Vorschläge hatten für Großbritannien 50 Kreuzer aller Größen und für die Vereinigten Staaten 18 10 000-Tonnen-Kreuzer sowie 10 7500-Tonnen-Kreuzer vorgezogen. Diese Zahlen werden auf amerikanischer Seite als unzureichend angesehen, jedoch wird anerkannt, daß der englische Vorschlag für Großbritannien selbst gegenüber den Forderungen während der Genfer Flottenabrüstungskonferenz von 1927 eine Verminderung um rund 20 Kreuzer darstelle. Amerikanische Gegenanträge, die in Washington als für England annehmbar bezeichnet werden, werden im Laufe der nächsten Woche nach London abgehen. Darin wird möglicherweise ein Kompromiß vorge schlagen werden in der Form, daß Amerika den Bau eines neuen Kreuzertyps vorschlägt, der eine Bewaffnung von sechs Zoll-Geschützen besitzt und auf 10 000 bis 8000-Tonnen Wasserdrängung hat.

Russische Note an Deutschland.

Erneute Bitte um Schutz der Russen in der Nordmandschurei.

Moskau, 8. September.

Der stellvertretende Außenminister überreichte der deutschen Botschaft in Moskau eine Note, in der es u. a. heißt: Die Regierung der Sowjetunion habe die deutsche Botschaft mehrmals gebeten, die deutschen Generalkonsulate in der Nordmandschurei zu veranlassen,

die Rechtslage der sowjetrussischen Bürger in der Nordmandschurei zu verbessern. Die Rechtslage der Russen in China habe aber so hart verschlechtert, daß die Sowjetregierung gezwungen sei, die deutsche Botschaft zu bitten, weitere Maßnahmen zum Schutz des Lebens und Eigentums der Sowjetbürger in China zu treffen. Die Sowjetregierung habe erfahren, daß die chinesischen Behörden

1000 russische Bürger verhaftet, 2000 interniert und mehrere erschossen hätten. Die Russen hätten nicht die Möglichkeit, das deutsche Generalkonsulat in Charkow aufzusuchen und um Schutz zu bitten, da sie beim Betreten des deutschen Generalkonsulats verhaftet würden. Die Sowjetregierung bitte daher die deutsche Botschaft, an die deutschen Generalkonsulate in der Nordmandschurei weitere Instruktionen zum Schutz der sowjetrussischen Staatsangehörigen zu erteilen.

Die Sowjetregierung habe bisher von den deutschen Generalkonsulaten in der Nordmandschurei noch keinerlei Nachrichten über die Maßnahmen der chinesischen Behörden gegen die sowjetrussischen Bürger erhalten und hoffe, daß die deutsche Botschaft alles daran setze, um die Rechtslage der sowjetrussischen Staatsangehörigen in China zu verbessern.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 9. September 1929

Für die Ernte war die Witterung während des Augustmonats im allgemeinen sehr günstig. Nur in Schlesien wird durchweg eine starke Behinderung der Ernte durch zu große Nässe festgestellt, zum Teil auch im Bezirk Köln. Im Übrigen aber war die Witterung für die Weizen und Weizen konnte für das Wachstum der Safradfrucht zu trocken beim Getreidepart bestellene Weizen ein. Die Erntearbeiten konnten trotz spätem Beginn meist überall sehr gut gefördert und zum Teil schon beendet werden. Infolge der frühen Witterung machte sich hier auch der Mangel an Weizenbeständen kaum bemerkbar. Eine starke Vergrößerung zeigt sich, wie erwähnt, nur in Schlesien; hier leidet der Safer vielfach unter Auswasch. Das Ausdruschergebnis wird fast durchwegs als mittel, aber geringer als im Vorjahr bezeichnet. Der zweite Schnitt von Alee und Weizen ist begonnen, liefert aber infolge der großen Dürre nur einen ungenügenden Ertrag.

Fahrlässigkeiten, die schon gelost, zu einer Fahrt aber nicht benutzt werden, werden von der Eisenbahn wieder zurückgenommen, jedoch muß der Aufsichtsbearbeiter die Nichtbenutzung bescheinigen. Der wieder auszusagende Preis wird dann um einen Betrag geführt, der dem Preis für eine Bahnfreigabe entspricht. Wurde unter Benutzung der Fahrkarte bereits Gepäc am Schalter aufgegeben, so findet eine Zurücknahme der Karte nur dann statt, wenn auch die Gepäcke zu gleicher Zeit wieder zurückgenommen werden.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Geschäftsstelle zu Kemberg.

Die Umlaufumänzung der Reichsbank war infolge der vermehrt einfließenden Einlagen zur Entfremdungserleichterung recht erheblich. Die gesamte Kapitalanlage hat sich um 748 Millionen auf 2927 Millionen Mark erhöht. An Noten sind insgesamt 768,3 Millionen Mark in den Verkehr geflossen, wodurch sich die Gesamtdeckung von 59,9 auf 50,9 verringert hat.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß bisher keine unangenehmen Rückschläge auf eine Konjunkturabwärtung zu geben sind. Der Rückgang der Zinsen über Produktions- und Beschäftigungsverhältnisse dürfte in erster Linie vollständig zu benehmen sein. In den Konsum-Gütererzeugnissen ist vornehmlich eine leichte Belebung des Geschäftsganges zu verzeichnen. In einzelnen Gruppen machte sich die beginnende Weinadulfsaison bereits günstig bemerkbar, während andererseits die Leinwandgewinnung außerordentlich enttäuscht hat. Obwohl es also an Tendenzen zum Auftrieb der Beschäftigung nicht fehlt, hat sich doch die Arbeitslosigkeit, die am 16. August mit 716.000 ausgezählt wurde, leicht erhöht. Indessen fällt ein Vergleich mit der Arbeitslosigkeit in Großbritannien, die am 19. August noch 1.152.000 betrug, für Deutschland nicht unangenehm aus. Aus dem mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet ist zu berichten, daß die Arbeitslosigkeit sich leicht erhöht hat. Während die Beschäftigungsverhältnisse im Bergbau hier im allgemeinen gut waren, waren sie in der Metallindustrie und der chemischen Industrie unangenehm. Die neueste Großhandels-Ind.-Ziffer betrug 137,9, gegenüber 138, in der Vormode.

Bis Anfang August wurde seitens der Landwirtschaft die Entwicklung der Sachverhalte noch günstig beurteilt. Durch die anhaltende Trockenheit ist sie jedoch immer mehr abwärts zu bewegen.

Insbesondere bei Weizen, eine reichliche Ernte zu erwarten steht, wenn der Regen noch weiter ausbleiben sollte.

Die Haltung der Viele in der Reichsbankwoche ist als uneinheitlich zu bezeichnen. Der Geldmarkt zeigte infolge des Umlaufumänzeris ein etwas angepannteres Aussehen. Die weiteren Entwicklungsaussichten der Geldverhältnisse werden indessen günstig beurteilt, sobald bereits von einer Herabsetzung des Reichsbankdiskontsatzes gesprochen wird.

Wo stecken die Attentäter?

Ein verdächtiger Motorradfahrer.

— Lindeburg, 8. September.

Zu dem Bombenanschlag auf das Regierungsgebäude wird ergänzend mitgeteilt, daß man unter den zahlreichen Trümmern und Gesteinsbrocken einige Näbden und Uhrfedern gefunden hat, die zweifellos aus dem Bedenerwerk der benutzten Höllemaschine stammen.

Durch die Explosion sind die elektrischen Drähte sowie die Röhren der Wasserleitung und Zentralheizung auseinandergerissen worden. Dadurch ist unter den Affen ein bisher noch nicht abzuschätzender Schaden entstanden. Es handelt sich zum Teil um alte, sehr wertvolle Affen und Zeichnungen, die für die wasserrechtlichen Verhältnisse des Bezirkes uraltdinge Bedeutung haben.

Es haben sich viele Personen gemeldet, die verdächtige Personen und Autos beobachtet haben wollen. Zwei Frauen betunden, daß sie zur Zeit der Explosion eine große Frau-

esperion über den Markt hätten kommen sehen, die unter dem Mantel ein Gefäßbild in der Art einer Margarinefliste getragen habe. Man nimmt an, daß es sich um einen verkleideten Mann handelt.

Vom Berliner Polizeipräsidenten wird zu dem Attentat eine Mitteilung herausgegeben, worin es unter anderem heißt:

Der Anschlag ist allem Anschein nach von den gleichen Personen begangen, denen die früheren Attentate zur Last zu legen sind. Die bisherigen Feststellungen lenken den Verdacht auf einen Motorradfahrer, der sich in der Attentatsnacht (vom 5. zum 6. September) um etwa 3 1/2 Uhr bei Arlesburg hat über die Elbe setzen lassen, um — nach seinen Angaben — die Fahrt nach Soltau und Berlin fortzusetzen. Während die Nummer des Motorrades von niemandem festgestellt wurde, ist als Feststellungszeichen vornehmlich das hannoversche IS beobachtet worden.

Strafantrag gegen „8-Uhr-Abendblatt“ und „Rote Fahne“.

Das Reichswehrministerium teilt mit: Die „Rote Fahne“ und das „8-Uhr-Abendblatt“ haben die Reichswehr verdächtigt, im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen in Lindeburg zu stehen. Diese Beschuldigungen sind völlig aus der Luft gegriffen und unerhörte Behauptungen. Der Reichswehrminister hat sowohl gegen die „Rote Fahne“ als auch gegen das „8-Uhr-Abendblatt“ Strafantrag gestellt.

Was vorher stark
verfettet war
ist jetzt durch **IMI**
rein
und klar!

Das neue Spül- und Reinigungsmittel der Henkelwerke zum Spülen, Aufwaschen und Reinigen!

Nicht wähernd der außerordentlichen Reinigungskraft dieses vortrefflichen Helfers! **IMI** reinigt so rasch, so gründlich, daß Sie Ihre helle Freude haben an den blitzsauberen Geschirren! Alles Fett verschwindet gleich! Was Sie sich nur denken können: Glas, Porzellan, Metall, Stein, Fliesen, Marmor, Holz usw. — **IMI** macht alles schöner denn je! Auf 10 Liter heißes Wasser — 1 Eimer: 1 ELöffel **IMI** so ergebnisreich!

Ihr zeitsparender Helfer



Henkel's Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät. Hergestellt in den Porzell- Werken.

Prima frisches junges fettes
Rindfleisch
frische Flecke
empfiehlt **R. Krausemann**

Prima frisches
Rind- und Hammelfleisch
sowie frische Flecke
empfiehlt **Ernst Bachmann**

Frisches
Rindfleisch
frische Flecke
empfiehlt **Willy Käb**

Frisches
Hammel- und Schweinefleisch
empfiehlt **Louis Richter**

Morgen Dienstag
früh 1/8 Uhr
frischen Specktüchen
empfiehlt **Ernst Wend**

Junge hochtragende
Spannfuh
verkauft preiswert **Nich. Zeller**

Gummibälle
empfiehlt **Richard Arnold**

Qualitätskonturrenz!
Auf dem gesamten Markt in Deutschland gibt es



kein besseres

Konseruenglas als das „Linn“-Konseruenglas Wertig vereinigt in sich alle guten Eigenschaften. Verkaufsstelle:

Ernst Säume, Kemberg
Haus- und Küchengeräte.
Morgen Dienstag früh
frischer Schellfisch
Goldbarsch
Bestellungen auf
frische Preiselbeeren
bis Dienstag mittag erbeten
bis Dienstag mittag erbeten
P. Mierschke, Burgstr.

Elfa-Motorräder
feuer- und fahrsicherste, durch 2. Querrohr verstärkter Rahmen, stark Benzin, unübertreffliche Vorderradabfederung, verstellb. Lenker. Lieferung ab Lager, Km. 658.—
Auto-Heinze Wittenberg, Berliner Str. 29
Fahrzeuge aller Klassen

Kleines Grundstüd mit Garten
zu pachten gesucht. Wer sagt die Geländestelle d. Bl.

Spielkarten
empfiehlt **Richard Arnold**
Freiw. Feuerwehr
Mittwoch, den 11. Sept., abends 1/7 Uhr
Uebung
Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht
Der Oberbrandmeister.
Anschließend im „Blauen Loch“

Bersammlung
Erscheinen aller Mitglieder erwünscht
Der Vorstand.

M.-T.-V.
Mittwoch, d. 11. September, abends 1/9 Uhr im Vereinslokal Hotel Palmbaum
Bersammlung
Erscheinen aller Mitglieder erwünscht
Der Vorstand.

Streu-Verpachtung.
Sonnabend, den 14. Sept., früh 9 Uhr, sollen auf **Frühche's Plan** (Neuroer Flur), rechts von der Ziegelei
ca. 40 Morgen Streue
meistbietend verpachtet werden. Sammelplatz: Ziegelei.
Ebendasselbst verlaufe **zwei Diemen Reißbund.**
Der Bestjer: **Oswald Frühche**

Erntekranzschleifen
empfiehlt **Richard Arnold**

Für die uns zu unserer Vermählung erwiesenen Gratulationen und Geschenke danken wir herzlichst.
Otto Kalitzsch und Frau
Minna geb. Hanisch

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsänderung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite der Zeitschrift beträgt 15 Pfg., die Spaltenbreite 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschriebener oder durch Fernschreiber angegebener Anzeigen wird keine Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Ausland, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen dazu zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 107

Dienstag, den 10. September 1929

31. Jahrg.

Anfang Oktober findet im Kreise Wittenberg eine

Eberföhrung

statt. Anmeldungen hierzu sind bis zum 15. September in der Stadtschreiberei zu erstatten. Bei der Anmeldung ist der Abstammungsnachweis vorzulegen und die Höhegebühr im Betrage von 8.— M. zu entrichten. Eber ohne Abstammungsnachweis werden nicht geföhrt.

Kemberg, den 9. September 1929.

Die Polizeiverwaltung.

Neues in Kürze.

* In wahlendem Gegensatz zu den Vorschlägen der großen Staatsmänner legte der litauische Ministerpräsident Woldemaras ungeschminte Wahrheiten in der Vollversammlung des Völkerverbundes.



den, daß mit erhöhter Energie und unter Aufwand aller verfügbaren Mittel nach den Täuern gesucht wird. Es muß erwartet werden, daß das ganze Volk geschlossen dazu beiträgt, diese finsternen Verbrechen aufzudecken. Strenge Strafe muß diejenigen treffen, die gegen jene gesunden Menschenerkenntnis uns durch die Dinge zum Gespötte des Auslandes machen und versuchen, das in langen Jahren mühsam erworbene Vertrauen zu Deutschland zu erschüttern. Man glaube ja nicht, daß es sich um eine interne deutsche Angelegenheit handelt. Es ist ganz selbstverständlich, daß derartige systematische Anschläge im Auslande beunruhigen würden und den Eindruck erwecken, als ob wir immer noch auf einem Prüfungsstande lägen, eine Anschauung, die für uns gerade in der gegenwärtigen Zeit von recht bebauerlichen Folgen für unsern Ruf sein könnte.

Wäre der in Kaufman seiner Zeit heimatlose Nihilismus nicht schon längst begraben, so könnte man annehmen, daß dessen Propaganda der Tat wieder auf dem Marsche lie. Aber die Nihilisten hatten sich gegen die ersten Persönlichkeiten des Staates gewandt. Sie beizügten ihnen mißliebige Führer und glaubten dadurch ihrem Lande zu nützen. Im der Sache willen opfereten sie sich selbst, aber sie überlebten nicht in der Nacht heimlich eine Autogarage, um dann in der Dunkelheit pulverlos zu verschwinden. Ein Nihilist hätte die Bombe in den Reichstag getragen, wenn laut Beschluß des geheimen Komitees der Reichstag an der Reihe gewesen wäre — und zwar während einer Tagung — in die Luft zu fliegen. Der Attentäter hätte sich in diesem Falle selbst geopfert. Aber bei uns diese keinen Nachfolger großer fanatischer Querköpfe sind verwerfliche Geschöpfe, denen jeder persönliche Mut fehlt, die sich nur awedlos und feige an kleine Objekte heranwagen. Man hätte sie nie in Deutschland vermutet und steht bedauernd vor diesem Ausbruch einer transtafanten und bösen Wbanastie. Diese Anschläge gehen uns alle an und wenn sie auch nur gegen das Haus eines Gemeinde-Vorstehers oder gegen ein Autohuppen gerichtet sind, sie sollen uns alle treffen. Deshalb muß gefordert werden, daß die Untersuchung nicht nachläßt, daß sie einen derartigen Umfang annimmt und eine Gründlichkeit erhält, die unbedingt zum Ziele führen muß. Gewiß ist ja, daß die elenden Verbrecher eines Tages geföhrt werden, aber es müssen mit äußerster Eilfertigkeit weitere Anschläge verhindert, weitere Versauerungen unmöglich gemacht werden. Das deutsche Volk befindet sich auf dem Wege zum Frieden, auch zum innern Frieden und wir wollen uns auf diesem Marsche nicht durch die erbärmliche und hinterhältige Propaganda unreifer und transtafter Kleinhirne aufhalten lassen.

Was der Haag uns brachte.

Eine Rede des Ministers Curtius.

Berlin, 7. September.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hielt auf der Deutschen Welle eine Rede über die Haager Konferenz.

Eingangs betonte er, daß sich die Reichsregierung einstimmig hinter die Abordnung gestellt habe. Er sei vom Reichspräsidenten beauftragt worden, der Abordnung den Dank des Reichspräsidenten zu übermitteln. Seit dem Verfall der Vertrag ließen sich in Abschnitten von 5 zu 5 Jahren erhebliche Fortschritte gegenüber dem früheren Zustande erkennen.

Ein sehr wesentlicher Fortschritt sei der Young-Plan. Der Verfall der Vertrag habe die Reparationslasten nicht begrenzt. Die Reparationskommission sollte die Höhe festsetzen. Durch

das Londoner Ultimatum

wurden die Reparationen auf 132 Milliarden festgelegt, jedoch habe die Abordnung der ersten Jahresrate bereits die deutsche Währung erfüllt.

Der Abreisebericht mit seinen Folgen

habe dann zum Dames-Plan geführt, der den ersten Versuch einer wirtschaftlichen Lösung des Reparationsproblems unter Berücksichtigung der Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes darstellte. Der Dames-Plan nannte ebenfalls nicht die von Deutschland wirtlich geschuldete Entsumme. Er hatte weitestgehende Kontrollmöglichkeiten der Gläubigermächte über die Deutsche Reichsbahn, Reichsbank und zur Folge. Der Reparationsagent normalisierte die aus der Gläubigermacht herausgegebenen Gelder. Man hatte den Dames-Plan angenommen, um die Franzosen aus der Ruhr herauszubringen, obwohl er neben den vorgenannten Folgen nach einer Übergangszeit eine feste Jahreszahlung von 25 Milliarden vorsah.

Die neuerrichtete Regierung stellte sich die Aufgabe, die Vereinerung Deutschlands von der Besetzung, eine Herabsetzung der Reparationssummen, eine Begrenzung der deutschen Verpflichtungen und eine Vereinerung von ausländischen Kontrollen zu erreichen. Hierfür wurde im September vor. In Genf ein Programm aufgestellt, in das die Erörterung der Einweisung einer Festhaltung, und Begleichstimmungen auf Verbreiten der anderen Seite aufgenommen worden war.

In den jüngsten Verhandlungen schließend Stellung zu nehmen, ist noch verbleibt. Um wichtige Fragen, insbesondere um die Rückgliederung des Saarlandes, wird noch weiter gerungen werden müssen; die Schlußverhandlungen im Haag werden erst im Oktober stattfinden.

Wir sind nach dem Haag gegangen u. a., um die Rückerstattung des Rheinlandes und die Einführung des Young-Planes zu erreichen.

der zwar untern letzten Mission nicht entspricht, aber doch den Fortschritt der Reparationen und Garantien und der Herabsetzung der Reparationen den großen Vorteil hat, daß die in ihm vorgelegenen Schutzmaßnahmen nicht von der Entscheidung eines Ausschusses der Gläubigermächte, sondern von uns selbst abhängen. Die deutsche Abordnung hat sich vom ersten Tage an dagegen gewehrt, daß die englische Zufuhrförderung von 45 Millionen jährlich auf Kosten Deutschlands betrieblid werde. Sie hat aber,

um die Vereinerung des Rheinlandes

und die Wiedereinerung der Reparationslast nicht an geringfügigen Punkten scheitern zu lassen, nach härteren Regeln für die im Young-Plan offengelassene Regelung der Übergangszeit Zugeständnisse gemacht, die gewiß die Möglichkeit der Entlastung bis zum 1. April 1930 etwas herabsetzen, aber im Verhältnis zur Gesamtlösung keine Rolle spielen.

Das einzige Zugeständnis, die Veränderung in der Staffeln der ungeschützten Annuität, erhöht weder unsere jährlichen Reparationen noch nur einen Pfennig, noch legt es den Durchschnittsbetrag der ungeschützten Annuität herauf. Mit der Infragestellung des Young-Planes werden die bestehenden Kontrollen endgültig beseitigt. Die Reparationskommission wird endgültig ihrer Rechte über Deutschland entbehren. Deutschland wird also nach voller Wiederherstellung seines Annuität nach unter voller eigener Verantwortung für seine Wirtlich, seine Währung und seine Finanzen wieder in den Kreis der vollberechtigten Großmächte eintriften.

Die Summen, die Deutschland jährlich zu leisten haben wird, werden durch den Young-Plan um eine halbe Milliarde, und darüber in den ersten 5 Jahren um über 700 Millionen herabgesetzt. Diese Beträge werden, wie dies auch die Pariser Sachverständigen für erforderlich erachtet haben, in erheblichem Maße zur allgemeinen Vereinerung der Wirtlich dienen.

Daneben wird es voraussichtlich möglich sein, die Landwirtlich von der ihr durch den Dames-Plan anlerterte besonderen Last der Tilgung der Rentenmarktscheine zu befreien. Es ist gelungen, eine dauernde Rheinlandkontrolle, unter welcher Form sie sich auch immer verdeckt, abzuwehren und ferner die Vereinerung über den Dames-Bertrag hinaus zu überweisen.

Verhandlungen über eine geistigere Rückgliederung des Saargebietes werden mit Frankreich mit Vereinerung aufgenommen werden.

Die Grundlagen für eine Vereinerung, die es der deutschen Regierung wieder ermöglichen wird, mit freiem Volk auf freiem Grund zu leben, sind im Haag gelegt worden. Ihre Vollendung werden sie im Oktober bei der Fortführung der Konferenz erfahren.

Die „Franzosen“ im Saargebiet.

Eine unhaltbare These.

8 Saarbrücken, 7. September.

Der teilweise sehr mangelhafte Kenntnis der europäischen Verhältnisse, durch die sich eine Anzahl maßgebender Teilnehmer an den Versäfter Friedenskonferenzen auszeichneten, konnte die französische Propaganda das Märchen aufstellen, daß im Saargebiet 150 000 Franzosen anwesig seien.

Inzwischen ist man befriedigter geworden und prüft nur noch von etwa 30 000 im Saargebiet beheimateter Franzosen, wobei man auch schon jagt, daß es sich dabei um Elbisch-Volksfringer handelt, die im Saargebiet Arbeit und Wohlstand gefunden haben und die man, ohne sie zu betragen, als französische Staatsangehörige in Anspruch nimmt, während mit aller Bestimmtheit aus der Haltung auch dieses Teils der Saarbevölkerung geföhrt werden darf, daß er keinen Wert auf die Veränderung seiner Nationalität legt, sondern sich nach Preußen naturalisieren lassen will. Dielem Wunsche sieht man von französischer Seite alle erdenklichen Schwierigkeiten zu bereiten, und man hat neuerdings sogar ein juristisches Gutachten ausarbeiten lassen, das mit aller Bestimmtheit die ehemalige Elbisch-Volksfringer im Saargebiet als Ausländer hinstellen will, für die das Saarstatut nicht gette — eine völlig unhaltbare Debatte.

Der Weg zum Weltgerichtshof.

Das Haager Internationale Schiedsgericht.

Berlin, 7. September.

Der Haager ständige Internationale Schiedsgerichtshof ist in der letzten Zeit eine der meistgenannten Organisationen, und gerade in diesen Wochen hat er

bedeutende Aufgaben

teils gelöst, teils in Angriff genommen. Auf der Völkerverbundtagung in Genf ist seine Bedeutung ausgiebig gewürdigt worden, und der von MacDonald vermittelte Weltvertrag Englands zu der Frankfurterkonferenz ebenso wie die Bestimmungen um eine Einbeziehung der Vereinerung Staaten in den Wirkungsbereich des Haager Schiedsophes sind erneute Beweise für seine Anerkennung

als wirksames Mittel des internationalen Ausgleichs von Streitfragen.

Schon vor dem Weltkrieg erhoffte man für diese gelegentlich in Konflikt tretende Einrichtung eine ständige Wirtlich